

Antrag der Fraktion der CDU

Solidarität mit Flüchtlingen zeigen und das bisherige Planungschaos beseitigen!

Flüchtlinge, die wegen Krieg, Verfolgung und Vertreibung in Deutschland und im Land Bremen Schutz suchen, brauchen neben humanitärer Hilfe die schnelle solidarische Unterstützung durch die Kommunen und die aufnehmende Bevölkerung. Die oft traumatisierten Menschen benötigen zudem Sicherheit und das Gefühl willkommen zu sein, um die Geschehnisse in ihren Heimatländern und die Strapazen der Flucht verarbeiten zu können und um im Falle eines positiven Asylantrages eine neue Heimat in Deutschland zu finden.

In Deutschland haben die Kommunen die Pflicht, die ankommenden Flüchtlinge bestmöglich unterzubringen, zu versorgen, zu betreuen und sie angemessen in die Stadtteile zu integrieren. Das Land Bremen nimmt dabei 0,93 % aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge auf, von denen ein Fünftel auf die Stadtgemeinde Bremerhaven und vier Fünftel auf die Stadtgemeinde Bremen verteilt werden. Einer besonderen Fürsorge bedürfen dabei die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge.

Bereits seit Mitte des Jahres 2012 ist bekannt, dass die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge erheblich zunimmt. Im Juni 2012 warnte beispielsweise das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, dass das Leid der Flüchtlinge bereits 2011 weltweit ein „episches Ausmaß“ angenommen und die „Neuanzahl von Flüchtlingen seit 2000 einen Höchststand“ erreicht habe. Im Oktober 2012 wurden in Deutschland nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BMAF) 9 950 Asylanträge gestellt. Das sind mehr als im Juli 2013 mit 9 516 Anträgen.

Bereits seit Mitte 2012 ist ebenfalls bekannt, dass die bestehenden Unterbringungsmöglichkeiten in der Stadtgemeinde Bremen für Flüchtlinge und auch für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge nicht ausreichen werden. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion verlangte deshalb bereits am 7. November 2012, vom Sozialressort fortlaufend über die neuen Flüchtlingszahlen informiert zu werden und wies in zwei Kleinen Anfragen (Drs. 18/766 und Drs. 18/1026) deutlich auf die Mängel bei der Unterbringung, Betreuung und Beschulung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen hin.

In den letzten Monaten hat der Bremer Senat durch sein völlig intransparentes Handeln beim Umgang mit der Flüchtlingsunterbringung zudem für erhebliche Verunsicherung bei Anwohnern, Beiräten und sozialen Einrichtungen gesorgt. Widersprüchliche Aussagen aus dem Sozialressort, nicht eingehaltene Versprechen und Ankündigungen sowie permanent neue Planungen ohne Einbeziehung der Menschen und Strukturen vor Ort provozierten in verschiedenen Stadtteilen Proteste, die sich nicht gegen die ankommenden Flüchtlinge, sondern gegen die nicht nachvollziehbare Politik des Bremer Sozialressorts vor Ort richteten. Das Schaffen einer Willkommenskultur in der Bevölkerung, für die auch der Bremer Senat verantwortlich ist, sieht anders aus. In den letzten Monaten wurden hier viele Chancen vertan.

Nun ist durch die Versäumnisse des Bremer Senats in der Stadtgemeinde Bremen die Situation entstanden, dass für die steigende Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge eine Unterbringung in großen Sammelunterkünften nach Aussagen des Sozialressorts dringend nötig geworden ist. Das lange Zögern der zuständigen Senatorin und die verfehlte Bremer Baupolitik haben dazu geführt, dass es kurzfristig nicht mehr möglich ist den Flüchtlingen, die auf ihrem Weg zu uns schon genug Leid erlebt haben, in eigenen Wohnungen oder in kleinen dezentralen Einheiten im Stadtgebiet eine neue Heimat zu geben und ihnen so gute Integrationsmöglichkeiten in die Stadtteile zu bieten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft bekennt sich zur solidarischen Hilfe für die vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung unter schwierigsten Bedingungen zu uns geflüchteten Menschen, die dringend Hilfe und Unterstützung benötigen.
2. Die Stadtbürgerschaft zeigt sich tief besorgt über das Planungschaos des Bremer Senat, das in der bisherigen Flüchtlingspolitik sichtbar wurde und zu einer tiefen Verunsicherung der Bremerinnen und Bremer in den Stadtteilen geführt hat.
3. Die Stadtbürgerschaft würdigt um so mehr, dass trotz der bisher intransparenten Politik des Sozialressorts die Anwohner und Beiräte vor Ort die grundsätzliche Bereitschaft zeigen, Flüchtlinge in den Stadtteilen aufzunehmen, sich für die Arbeit mit Flüchtlingen zu engagieren und dazu beizutragen, dass diese Menschen sich in Bremen willkommen fühlen.
4. Die Stadtbürgerschaft erwartet auch von den ankommenden Flüchtlingen, dass sie Bremen als ihre neue Heimat begreifen und sich in die Strukturen in den Stadtteilen integrieren.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die ankommenden Flüchtlinge schnellstmöglich in angemessenen Unterkünften unterzubringen und dabei provisorische Sammelunterkünfte allenfalls als Übergangslösung einzusetzen und mittelfristig Wohnungen oder kleine dezentrale Unterbringungseinheiten zu schaffen.
2. in einem transparenten Verfahren Anwohner, Beiräte und die in den Stadtteilen vorhandenen sozialen Strukturen, z. B. Kindergärten, Schulen, Vereine und andere soziale Einrichtungen so früh wie möglich in konkrete Planungen mit einzubeziehen und die bestehende Planungsunsicherheit schnellstmöglich zu beseitigen.
3. in einem transparenten Verfahren ressortübergreifend zu analysieren, welche Immobilien in den einzelnen Stadtteilen geeignet sind, um Flüchtlinge aufzunehmen, und wie die Integration vor Ort in Zusammenarbeit mit Anwohnern, Beiräten und den vorhandenen sozialen Strukturen sichergestellt werden kann.
4. schnellstmöglich sicherzustellen, dass minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, wie vorgesehen, nach wenigen Tagen die Sammelunterkünfte verlassen können und dafür zu sorgen, dass diese ihrem Alter angemessen untergebracht, sozialpädagogisch betreut sowie beschult werden, und dass Vormünder für sie gefunden werden.
5. die bisher unzureichenden frühzeitigen Integrationsangebote, z. B. die sozialpädagogische Betreuung, psychologische Beratungsangebote für traumatisierte Flüchtlinge und die frühzeitigen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche auszubauen.
6. die Integration der Flüchtlinge in den Stadtteilen durch geeignete Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung voranzutreiben, und die Bremerinnen und Bremer trotz der bisherigen Fehlplanungen für das Aufnehmen von Kontakt zu den Flüchtlingen zu gewinnen. Dafür sollten besonders auch ehrenamtliche Strukturen gestärkt werden.
7. weiterhin darauf hinzuwirken, dass in Zusammenarbeit mit Wohnungsbau-gesellschaften und Vermietervereinen sowie den Akteuren, die sich um die ankommenden Flüchtlinge kümmern, eine verstärkte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen erfolgen kann.
8. die bisherigen baupolitischen Vorgaben und Zielsetzungen auf ihre Tauglichkeit zur Schaffung von geeignetem Wohnraum zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen.
9. die verbindlichen und realistischen Planungen zeitnah in der zuständigen städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend und in den betroffenen Beiräten vorzustellen und zu beraten.

Sigrid Grönert,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU